

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 225 & einschließlich
Belagerungs. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Rathaushaus Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 gezeigten
Colonelzeile oder deren Raum 50 &
Reklamazeile 200 &.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorisch in Viebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 86

Donnerstag, den 22. Juli 1920.

Postfach 10
Hochheim (Main) Nr. 10116.

14. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 237.

Die Geschäftsräume der Reichsversicherungsanstalt in Mainz befinden sich jetzt Münsterplatz 2, Fernruf 4535 und 4236.

Wiesbaden, den 17. Juli 1920.

Der Landrat.

Nr. 238.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 8. d. Mts. in Nr. 81 des Kreisblatts werden die Sommerferien für die Volksschule zu Dedenbergen auf die Zeit vom 26. Juli bis einschl. 11. August festgesetzt.

Wiesbaden, den 21. Juli 1920.

Nr. 11. 478. Der Landrat.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Entrichtung der Luxussteuer für das 1. Halbjahr 1920.

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Umfassungssteuergesetz werden die zur Entrichtung der Luxussteuer und erhöhten Umfassungssteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme von Viebrich, Dagheim u. Hochheim (Steuerverwaltung) aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtumsatz der steuerpflichtigen Umsätze im ersten Halbjahr 1920 bis spätestens 15. August 1920 dem unterzeichneten Umfassungssteuerverwaltungsbüro einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Der Termin darf nicht überschritten werden. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbetriebs im Sinne des Umfassungssteuergesetzes. Auch Anbesitzer freier Berufe, z. B. Künstler, sind steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen u. a. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt ist dann der Betrag, der am Ort und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufsern oder, in den Fällen der §§ 21, 23 Abs. 1 Nr. 1, von Personen, die Gegenstände nicht zur gewerblichen Weiterveräußerung erwerben, gezahlt zu werden pflegt.

Bezüglich der Abgabe der Erklärung sind:

1. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Lieferungen der in § 21 des Gesetzes bezeichneten Gegenstände im Kleinhandel ausführen und zwar gegen Entgelt, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 23 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes für einen längeren oder kürzeren Zeitraum gestattet ist, sowie die Gewerbetreibenden, die Gegenstände der in § 23 unter Nr. 5 des Gesetzes genannten Art in den Ausland verbringen.

2. Diejenigen Gewerbetreibenden, die Luxusgegenstände der in § 15 des Gesetzes bezeichneten Art herstellen und veräußern und zwar dann, wenn ihnen die Steuerentrichtung gemäß § 33 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes auf Grund des Jahresumsatzes gestattet ist.

3. Diejenigen Steuerpflichtigen, die eingerichtete Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern nachstehend zu vorübergehendem Aufenthalt abgeben (Gasthofbesitzer, Wohnungsvermieter).

4. Diejenigen Steuerpflichtigen, die die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertgegenständen oder Schmuck und Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Geld oder Wertgegenständen betreiben. Ausgenommen sind Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, da sich für diese Betriebe der Steuerabzug auf ein volles Kalenderjahr erstreckt.

5. Diejenigen Steuerpflichtigen, die Pferde, Kisten oder andere Reittiere gewerbsmäßig zum Reiten ausleihen.

Die Einreichung der Erklärung kann durch, erforderlichenfalls zu wiederholender, Ordnungsstrafen bis zu je 500 Mark erzwungen werden. Im Falle der Nichtabgabe der Erklärung, die durch die Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umfassungssteuerverwaltungsbüro unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen.

Das Umfassungssteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umfassungssteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der gefährdeten und hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu 2 Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Umfassungssteuerverwaltungsbüro kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Wiesbaden, den 16. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses,
Umfassungssteuerverwaltung Landkreis Wiesbaden,
Leffingstraße 18.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Verlängerung des Kohlensteuergesetzes.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach das am 31. Juli 1920 ablaufende Kohlensteuergesetz um ein Jahr bis Ende Juli 1921 verlängert wird. Von einer Heraushebung der Steuer hat die Regierung vorläufig Abstand genommen. Der Betrag der Steuer, der sich im Rechnungsjahr 1919 auf 1,35 Milliarden Mark belief, wird unter Berücksichtigung der erhöhten Preise und Produktion auf 4,25 Milliarden veranschlagt.

Neuerungen Jochenbachs.

Einem Mitarbeiter der „Börsen Nachrichten“ erklärte der Reichstagsler Jochenbach in Freiburg, er sei bezüglich des Ergebnisses der Konferenz in Spa besorgt, aber nicht absolut pessimistisch. Als wesentlichen Erfolg bezeichnete er, daß es den deutschen Regierungsvorstellern gelungen sei, die Segensseite von ihrer Aufrichtigkeit zu überzeugen. Es werde fürchtbar schwer sein, die auferlegten Bedingungen mit Bezug auf die Entlohnung und die Kohlenlieferung zu erfüllen. Am schwierigsten würde es sein, mit der kleinen Zahl der übrigen bleibenden Truppen die verlangten paar Millionen Gewehre der Zollbeschlüsse abzunehmen. Aber der Versuch werde mit aller Ehrlichkeit und allem Nachdruck gemacht werden. Für längere Unterhandlungen sei nun wenigstens die persönliche Verbindung hergestellt. Obwohl die Verhandlungen zwischen den Regierungsvorstellern durch Dolmetscher erfolgen mußten, sei die persönliche Beziehung von großem Wert. Minister Simons sei übrigens in der Lage, auch gewandt französisch und englisch zu verhandeln. Ihm verbanke die deutsche Abordnung vieles. Anfangs habe er wegen seiner Vergangenheit im Dienst des Reichsoberhauptes der deutschen Industrie das Vertrauen Lord George gegen sich gehabt, der in ihm ein Organ von Simons vermutete. Der englische Ministerpräsident habe nicht gewagt, wie sehr Simons und Simons sich hinter den Rücken von Spa befähigten. An der Konferenz, die in etwa 14 Tagen stattfinden solle, werde der Reichstagsler sich nicht persönlich beteiligen, da sie mehr technischen Charakter habe.

Rom. Der amtliche Bericht über die Ergebnisse der Konferenz von Spa hebt hervor, daß Graf Sforza und Bertolini entsprechend dem Willen des Landes sich stets um die Verhängung bemühten, um zu erwirken, daß gegenüber Deutschland äußerste Zwangsmittel umgangen würden. Sie hätten die Ausführung des Friedensvertrages in den Grenzen des Möglichen zu erreichen versucht, um eine allgemeine Zusammenarbeit zur Heilung der Kriegsschäden herbeizuführen. Obwohl dies bisweilen zu mißlingen drohte, haben sie doch zuletzt zu einem Erfolg geführt. Für die Entscheidung der Frage läßt die Stimmung der Verbündeten und der Deutschen nach italienischer Ansicht erprobte Ergebnisse erwarten. Es könne mit Sicherheit behauptet werden, daß ohne die Mitwirkung der italienischen Vertreter nicht soviel erreicht worden wäre.

Die Lösung der obersteilischen Frage in Spa.

Berlin, 19. Juli. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, hatte in Spa darauf bestanden, daß ihm von Lord George mündlich gemacht wurde, wonach die deutschen Forderungen nach Wehrbelleidung mit obersteilischer Kohle befriedigt werden sollten, ihm auch schriftlich ausgedrückt wurde. Infolgedessen hat vor der Abreise der deutschen Delegation aus Spa der Generalsekretär der Konferenz, Herr Roland-Jacquin, dem Reichsminister des Auswärtigen eine Abschrift des Protokolls über die betreffende Unterredung überreicht. Allerdings enthalten in die Verhandlungen Lord Georges keine bestimmte Verpflichtung und besonders keine Verpflichtung über die Höhe der obersteilischen Kohlenlieferungen. Dr. Simons dürfte das Protokoll in den Sitzungen der jetzt einberufenen Körperschaften zur Verlesung bringen.

Besprechungen über die Wirtschaftskrise. Dresden, 19. Juli. Die sächsische Regierung veranstaltete gestern eine Besprechung über die Krise in der Industrie. Über den Valuationsstand, den Käuferpreis und die Ausgabengrößen. Es nahmen daran etwa 90 Personen teil, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer. Auch ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums war zugegen. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Rüd. Von der Regierung wurde erklärt, daß sie vor über einem Jahr Ausfuhrzölle gewährt habe, um den wirtschaftlichen Ausverkauf Deutschlands zu verhindern. Bekanntlich sei dies aber von der Industrie bekämpft worden. Jetzt sei es zu spät. Aus den Kreisen der Teilnehmer der Konferenz wünschte man aber vor allem eine Stabilisierung der Valuta. Die Regierung wolle hieran mitwirken. Es fehle so führte man aus, nicht an Rohstoffen und Kohlen, sondern hauptsächlich an Auslandsaufträgen. Zum Schluß wurde auch der Käuferpreis besprochen. Die Regierung wurde gebeten, durch die Preise die Bevölkerung aufzuklären, daß die Fortdauer des Käuferpreises den Ruin Deutschlands mit sich bringen müßte.

Die Befehlungsarmee für das Ruhrgebiet.

Paris, 19. Juli. Wie jetzt bekannt wird, haben sich die Befehlungsarmee für das Ruhrgebiet in Spa, die sich mit der Befehlungsarmee deutscher Gebiete befähigte, erklärt, daß für die Befehlungsarmee des Ruhrgebietes allein 60 000 Mann erforderlich wären.

Man habe es hier mit einer stark zweifelhaften Bevölkerung zu tun, die sich aus allen möglichen Elementen zusammensetze. Um diese in Schach zu halten, seien 60 000 das Minimum, da von Köln bis Dortmund fast jeder Ort militärische Befehlungsarmee benötigte. Dazu komme noch eine technische Befehlungsarmee von geschulten Hilfskräften, die im Bergbau die Aufsicht und Kontrolle übernehmen müßte, weil zu befürchten sei, daß durch Streiks und Sabotage der Betrieb der Bergwerke stillgelegt oder eingeschränkt werde. Ueber die Stimmung der Arbeiter im Ruhrgebiet seien die Generale nicht aufgeklärt, da die Mitteilungen ihrer Beobachter auseinander gingen. Der Zeitpunkt einer Befehlungsarmee sei aber nicht günstig, weil man die Aufrichtigkeit nicht genügend aufklären habe. Frankreich könne nur ein Drittel der Truppen stellen, England kaum einen Soldaten, so daß Belgien die Aufgabe bleiben würde, den Rest zu stellen. Dazu erklärten sich die belgischen Generale außerstande, es sei denn, daß die Truppen im Rheinland vermindert würden.

Kaiser Karls Sonderfriedensangebot.

Ein Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl. Wien. Der ehemalige deutsche Botschafter Graf Welldorff veröffentlicht einen außerordentlichen Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl. Der Brief ist über Österreich-Ungarns Sonderfriedensangebot vom Oktober 1918 und gliedert im Wesentlichen folgenden Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl:

Teurer Freund! Die Ankündigung Deiner Absicht, unseren Gegnern einen Sonderfrieden anzubieten, hat mich auf das schmerzhafteste überrascht. Du würdest durch die Ausführung dieses Gedankens dem Plane unserer Feinde neue Bahnen öffnen, der darauf hinausgeht, durch Trennung unserer Reiche unsere Länder ihrem Willen zu unterwerfen und ihr antimonarchisches Ziel zu verwirklichen. Einen baldigen Frieden wünschen unsere Völker und Regierungen. Nach ihm ist mein Sinn ebenso gerichtet wie der Deiner. Ich ziele aber auf schwere Opfer gebracht, denn dem Wohle meines Volkes ordne ich meine eigenen Interessen willig unter. Die im Einvernehmen mit Deiner Regierung kürzlich eingeleitete Aktion bezweckt die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und den demnächstigen Frieden. Die Verhandlungen befinden sich im Fluß. Sie können in wenigen Tagen zu einem Ergebnis führen. Die bloßherige Zusammenarbeit unserer Regierungen, deren Ausföhrung nicht ungenügend erscheinen, würde durch eine Sonderfriedensaktion Deiner Regierung im jetzigen Augenblick auf das äußerste gefährdet werden. Schon die Bedingungen für den Waffenstillstand werden sehr viel schwerer werden, wenn unsere Gegner erfahren, daß unser Bund gesprengt ist. Das verliert unsere Reiche in gleicher Weise. Ich bitte Dich darum dringend, von jedem Schritt abzuheben, der den Eindruck erwecken muß, daß wir nicht mehr einsig sind. Je fester wir fernerhin zusammenstehen, desto größer sind die Aussichten, daß unsere Gegner, die doch gleichfalls unter den schweren Lasten des Krieges leiden, sich zu Friedensbedingungen verstehen, die mit der Ehre und den Interessen unserer Völker im Einklang sind. Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst, nur in vollem Einvernehmen mit der meinigen, die mit den Vereinigten Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen.

Graf Welldorff erklärt noch zum Schluß: Kaiser Karl hat unter den verschiedenen Einflüssen schon längst mit dem Sonderfrieden und dem Bruch der Treue gelähmelt. Offiziell wurden seine Bemühungen erst im Oktober 1918, ich gebe zu, in höchster Not. Aber ich bin überzeugt, Kaiser Franz hätte es auch in höchster Not vorgezogen, in Ehren unterzugehen. Die Monarchie ist untergegangen, aber nicht in Ehren. Der Treubruch gegenüber einem Verbündeten, der 1914 ausging, um Österreich-Ungarn zu schützen, der es im Kriege mehrmals gerettet hat, war ihre letzte Tat. Kein ruhmreiches Ende für das alte Habsburger Reich, welches das dahin auf eine gloriole Geschichte zurückblicken konnte.

Ueber die näheren Umstände des Todes des Prinzen Joachim erzählt die „Berliner Morgenpost“: Prinz Joachim von Preußen wurde am Samstag morgen um 8 Uhr von einem Diener in seiner im Park von Sanssouci liegenden Villa Vlegnitz bemühlos aufgefunden. Die Kleider waren mit Blut besetzt, und der Körper wies an der linken Brustseite eine Wunde auf. Der Prinz hatte sich während der Nacht mit einem Revolver in die Brust geschossen und sich schwer verwundet. Sofort wurde Prinz Eitel von dem Vorfalle benachrichtigt. Der von seiner Wohnung zur Villa Vlegnitz kam. Auf Veranlassung des Prinzen Eitel Friedrich wurde Prinz Joachim nach dem Tode neben der Villa Vlegnitz liegenden kathol. St. Josefs-Krankenhaus überführt. Prinz Joachim hat im Laufe des Samstag das Bewußtsein wieder erlangt. Er konnte sich mit seinem Bruder mehrfach unterhalten. Am Abend hat sich der Zustand dann wieder sehr verschlechtert. Nachdem der Prinz das Bewußtsein wieder verloren hatte, ist er um 1 Uhr nachts gestorben. Prinz Eitel hat im Laufe des Samstag dem Kaiser und seinen Brüdern Mitteilung von dem Zustand des Prinzen gemacht, und in der Nacht zum Sonntag erfolgte sodann die Todesnachricht. — Die Herren des Prinzen sollen infolge der Ereignisse seit dem 9. November völlig zerstört gewesen sein. Eine Verschlimmerung seines Zustandes soll eingetreten sein, als die Vermögensauswertung zwischen dem preussischen Staat und dem Hause Hohenzollern auf die bekannten Schwierigkeiten stieß. Der Prinz hatte die feste Idee, daß man ihn aus seiner Villa vertreiben wolle. Auch auf die Ehe des Prinzen läßt sein Veranlassung einen unheilvollen Einfluß aus. Seine Gattin, eine geborene Prinzessin Anhalt, mit der er während des Krieges 1916 die Ehe eingegangen war, habe, als der Zustand des Prinzen ein Zusammenleben mit ihm weiter nicht mehr möglich erschienen ließ, die eheliche Gemeinschaft auf und verließ vor etwa Jahresfrist das Haus. Das Kind, das dieser Ehe entsprossen ist, ein vierjähriger Knabe, blieb beim Vater. Neuerdings soll die Prinzessin, die einzige Tochter des Herzogs Eduard von Anhalt, die Trennung der Ehe beantragt haben. — Nach der „A. T.“ hinterließ der verstorbene Prinz Joachim keinerlei Briefe oder andere Aufzeichnungen, woraus man auf seinen Beweggrund zum Selbstmord schließen könnte. Man vermutet seelische Zusammenbrüche. Es war in der letzten Zeit von der Umgebung des Prinzen wahrgenommen worden, daß sein Gemütszustand sich wesentlich verschlechtert. Der Prinz zeigte sich sehr erregt und war selbst dem Zurufen seines Bruders, des Prinzen Eitel Friedrich, nicht zugänglich. — Die Leiche des Prinzen Joachim wurde nach der Friedenskirche gebracht, wo Dienstag vormittag im engen Familienkreise eine Trauerfeier stattfand. Von den Brüdern des Prinzen befindet sich nur Prinz Eitel Friedrich in Potsdam. Die ehemalige Kronprinzessin Cecilie wird kurzzeitig mit der ehemaligen Herzogin Luise von Braunschweig auf der Insel Rügen. Sie wurden mit den anderen Brüdern und Schwägerinnen des Prinzen Joachim zu der Trauerfeier in Potsdam erwartet.

Die Reichswehr.

Berlin, 20. Juli. Die Reichswehr muß nach dem Verträge von Spa bis zum 1. Okt. auf 150 000 Mann, gegliedert in 10 Reichswehrbrigaden und 3 Kavalleriedivisionen, zurückgeführt sein. Am 1. Januar 1921 muß die im Verfall der Vertrag vorgeschriebene Stärke von 100 000 Mann, gegliedert in 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen, erreicht sein. Die Bildung der 3 Kavalleriedivisionen ist zurzeit bereits durchgeführt. Die 7 Infanteriedivisionen sollen in ihrer vertragsmäßigen Form bereits zum 1. Oktober 1920 gebildet werden. 50 000 Mann, die vom 1. 10. bis 31. 12. 1920 noch beibehalten werden können, werden in weitere drei Reichswehrbrigaden (2 in Wehrkreis 3, eine in Wehrkreis 4) oder in kleinere Formationen, die den Divisionen angegliedert werden, untergebracht. Zum 31. Dezember 1920 werden auch diese mit den bestehenden verdischmolzen. Es wird bei der Herabminderung angestrebt, daß die gleichmäßige Verringerung in allen Wehrkreisen stattfindet, jedoch die Verringerung eines Truppenteiles nicht möglich ist. Ueber die Art der Verjüngung der auscheidenden Reichswehrgenossen schweben nach Verhandlungen.

Ein Einspruch der Bergleute.

Köln. Eine Bezirkskonferenz der Ruhrbergleute nahm zu dem Ergebnis der wirtschaftlichen Verhandlungen in Spa Stellung. Es wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die heutige Konferenz der gewerkschaftlich organisierten Bergleute im Aachener Revier protestiert in aller Schärfe gegen die immer wiederkehrende Androhung von militärischen Zwangsmassregeln gegen die deutschen Arbeiter. Die Bergleute erkennen die Verpflichtung, die Kohlenlieferungsbedingungen im Versailleser Friedensvertrag nach besten Kräften zu erfüllen, an. Wir sind aber nicht gewillt, uns als Arbeitsknechten behandeln zu lassen. Durch Drohung mit Zwangsmassnahmen wird die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben, sondern stark herabgedrückt. Die Folge ist eine weitere Verschärfung der Kohlennot. Die Drohung mit Zwangsmassregeln richtet sich nach der Natur der Sache direkt gegen die Bergarbeiter. Man will uns die verkürzte Schicht nehmen und uns zwingen, in bedeutend verlängerten Schichten zu schuften bis zum Zusammenfall. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzen. Zur freiwilligen Arbeit für die Verringerung der Kohlennot sind wir bereit, wie wir auch durch die Tat bewiesen haben; einem Zwange werden wir uns nicht fügen.

Reichsminister Simons über Spa.

Berlin, 20. Juli. Vor Vertretern der deutschen Presse wies heute Reichsminister Simons Redaktionen über demissionarischen Einzelminister zurück.

Gewiß, die Minister waren in Spa nicht sämtlich einer Meinung. Wenn aber Beschlüsse gefaßt wurden, so stellten sich sämtliche Minister auf den Standpunkt, daß alles, was vor den Feinden des Reiches zu tun war, das in der Heimat auch mit aller Kraft durchgeführt werden müsse. Es liegt kein Anlaß vor, von Erfolgen in Spa zu sprechen, oder mit ihnen die Angelegenheiten des Reiches zu verknüpfen. Der Friedensvertrag ist uns auferlegt, und wir haben nur die unmittelbaren für die Durchführung der uns auferlegten Bedingungen abzuwarten. Wir haben nie das Recht der Entente bestritten, Maßnahmen aller Art zu ergreifen, wenn wir hinter den auferlegten Pflichten zurückblieben, aber wir haben dieses Recht immer nur bezogen auf die Bestimmungen über die Wiedergutmachung. Freilich hat immer das Recht des sofortigen Einmarsches getrieben und die Alliierten haben sich diesen Standpunkt allmählich eingeprägt. Jetzt scheinen England und Italien dieses Einmarschrecht anerkannt zu haben, denn die Verhandlungen in Spa gingen von dieser Voraussetzung aus. Graf Storck hat uns gegenüber trotz allem behauptet, daß er uns entgegengebracht, keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Einmarschmöglichkeit bestand und von ihr Gebrauch gemacht werden würde, wenn wir nicht die zwei Millionen Tonnen Kohlen verschieben. Man muß sich dabei daran erinnern, in welcher Not sich Italien selber befindet; es verlangt eben auch seinen Anteil an der Beute. Ich möchte auch genau, welche militärischen Vorbereitungen bereits getroffen waren. Trotzdem habe ich nicht den Eindruck, daß unter allen Umständen je Gefahr zu bestehen würde. Auch das Kabinett hätte den Einmarsch auf sich genommen, wenn es überzeugt gewesen wäre, daß die wirtschaftlichen Forderungen unüberwindlich seien. Eder die Lieferungen haben wir nicht gehalten. Die Sonderabläufe und Abfertigung unserer Zahlungsmittel ist mir nachdrücklich ins Gedächtnis gekommen. Bei allem Wohlwollen der guten Willen und den Kenntnissen unserer Sachverständigen habe ich doch Zweifel genommen aus dem Grunde, daß wir in letzter Stunde gemeldet wurde, daß die Zahlen nicht die Möglichkeit herstellten, die deutsche Beauftragung als Ersatz für den deutschen Bedarf decken zu können, und vor allem die Möglichkeit und Notwendigkeit einer früheren Eröffnung der Kohle bei ihrer Verteilung. Es ist mir noch immer nicht wohl zu Mut, wo sie der Kohlenkommission nicht hinreichend hat. Es finden Sachverständigen statt, und das muß einleuchten. Das Kabinett hat denn auch bereits eine Reorganisation der Kohlenabteilungen beschlossen.

Die militärische Frage war so verfahren, daß wir auf eine klare Sachlage nicht mehr kommen konnten. Es war unmöglich, durch ein einzelnes Reich die Rechte der Alliierten auf Durchsetzung der Friedensbedingungen auszuüben. Das hat uns zu verschiedenen neuen Bräun zu tun, die nicht zweifelhaft, und wenn die Alliierten besser über die innere Lage in Deutschland unterrichtet wären, hätten sie wohl auch längere Fristen gegeben. Immerhin haben wir drei und sechs Monate gewonnen. In dieser Zeit ist viel getan, um das Verständnis bei den Gegnern für unsere guten Willen zu fördern. Wir müssen mit aller Energie darauf hinarbeiten, in Verbindung mit den Alliierten die Entlassung durchzuführen. Wir allein können es nicht mehr, und müssen uns durch Einnahme guten Wills der Unterstützung der Alliierten versichern.

In der wirtschaftlichen Frage ist die Lage ähnlich. Wir hatten das Diktat erhalten, monatlich 2,4 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern, und zwar zum Friedenspreis auf Reparationskonto angerechnet. Man hat das auf 2 Millionen eingeschränkt und eine Bedingung von 5 Mark für Landkohle bemittelt und hat einen Vorstoß in Höhe der Differenz zum Weltmarktpreis. Wir erklärten, daß diese Geldsumme nicht ausreichte, den Lebensbedarf der Bevölkerung so zu verbessern, daß sie überleben konnte. Wir brauchten dazu Teile des Vorkaufes und brauchten daher einen solchen in der vollen Höhe der Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis. Das wurde als unerfüllbar bezeichnet und die Hauptschwierigkeit bestand in der Notwendigkeit, für diese Reduktion des Friedensvertrages die Zustimmung des französischen Parlaments zu bekommen, was bei der heutigen Finanzlage ausgeschlossen war. So ist es denn zu dem bekannten Arrangement gekommen. Rüdiger Geisler hat sich schließlich gefügt, daß er lieber Deutschland als Frankreich pumpe, weil eine Forderung Deutschlands gegenüber leichter einzutreiben ist und in diesem Falle auch eine gute Beilegung hat. Wir haben daher auf die Notwendigkeit einer Ergänzung unserer Lieferungen aus Oberösterreich verwiesen. Rüdiger Geisler hat die von uns vorgeschlagene Lieferung von monatlich 1 1/2 Millionen Tonnen nicht garantiert, aber eine Kommission versprochen, die unsere Wünsche prüfen und einen Vorschlag, ohne daß eine bestimmte Summe genannt wurde. Darauf haben wir uns nicht eingelassen, sondern die Verhandlung der sogenannten Kriegsvorbereitungen fortgesetzt, weil man nicht einsehen wollte, warum die Sache so lange dauere. Als es aber gelang, die Sachverständigen zusammenzubringen, hat man sich leicht geeinigt.

Schwerer gestellte sich die Frage der Wiedergutmachung. Hier fehlte uns die genügende Vorbereitung. Denn wenn auch eingehende Vorarbeiten vorliegen, so konnten wir sie doch nicht ohne weiteres übergeben. Die deutsche Regierung hatte sich eben nicht mit der notwendigen Entschiedenheit auf die strenge Durchführung des Friedensvertrages gestellt. Wir dürfen aber nicht in erster Linie auf die Kosten des Friedensvertrages ausgehen, sondern dürfen nur die Kosten des Lebens bedenken. Das heißt, wir müssen die Kosten der Wiedergutmachung zum Ziele haben. Dies heißt gerade, daß wir uns nicht wegen der Entscheidung des Friedensvertrages aus dem Lande geschoben. Wir müssen die notwendigen Mittel zeigen, alles zu leisten, was wirklich erfüllbar ist, so wird sich auch leichter das Verständnis für die Forderungen ein-

stellen, die wirklich unüberwindlich sind. Man hat uns in Spa denn auch gesagt, daß es wohl besser sei, einzuweichen, noch keine bestimmte Summe zu nennen, sondern sich die Sache zu überlegen. Die Summe, die wir jetzt nennen könnten, würde wohl zu klein sein, daß die Alliierten sie nicht anerkennen würden. Wir sind auch gefragt worden, welche Zeit uns für die neue Konferenz bliebe.

Ich denke, in vier bis fünf Wochen werden wir unsere Pläne so weit ausgearbeitet haben, daß wir sie vorlegen können und bis dahin auch die technische Vorbereitung besser gestalten und auch für die Presse und ihre Berichterstattung besser sorgen können, als es diesmal leider geschehen ist. Der Minister erklärte zum Schluß ausdrücklich, daß die eifrige Durchführung des Friedensvertrages sein Programm sei.

Berlin, 20. Juli. Die Ausführungen, die der Reichsminister des Auswärtigen heute in der Pressekonferenz machte, über die Zusammenkunft mit den Sachverständigen der Entente, sind vielfach mißverstanden worden. Seine Ausführungen bezogen sich nicht auf die Verringerung der Reichswehr, sondern auf die Entlassung der Reichswehr, und der Einmarsch, sowie der Sicherheitsplan. Dies ergibt sich aus dem unterzeichneten Stenogramm seiner Rede, das in dem betreffenden Abschnitt folgendermaßen lautet: Nach meiner Meinung müßten wir es auch in den militärischen Fragen nicht bei Spa bewenden lassen, sondern mit aller Energie darauf hinarbeiten, daß wir in Verbindung mit den Alliierten die richtige Entscheidung der Entlassungsfrage durchsetzen. Wir allein können es nicht mehr, sondern nur mit den Alliierten und wir müssen ihren Willen in der Form ermitteln, wie sie ihn am besten leisten können. Durch den guten Willen wohlunterrichteter Offiziere und mit der Entente. Ich habe persönlich meine Pläne, die ich nicht schon vortragen will, weil ich sie mit den Sachverständigen des Reiches und Frankreichs noch nicht besprochen habe. Sie gehen aber dahin, daß wir uns von der Macht, die in ähnlichen Verhältnissen wie wir unsere innere Verhältnisse durch eine nicht zu kriegerischen Zwecken verwandbare Macht niederlegen muß, Unterstützung erbitten. Es gibt Beispiele, namentlich in den englischen Kolonien, die wohl besteht, daß, wo die Vorkommnisse es mit Reuten zu tun hatte, die dortigen Kräfte angehört und ihr als Menschen gleichberechtigt gegenüberstanden, woran wir ganz gute Vorläufer finden werden. Das sind persönliche Anlässe, die noch nicht durch das Kabinett gegangen sind, die ich nur sage, damit Sie sehen: nach dieser Richtung wird vom Auswärtigen Amt nichts verheimlicht, um durchführbar zu machen, was ich als Vertreter des Reiches mit dem Herrn Reichszugler in Spa habe unterzeichnen müssen.

Erzprinzip Friedrich Wilhelm. Der Erzprinzip empfing in Bietingen einen Vertreter der „Chicago Tribune“ und erklärte ihm u. a., daß er nun bereits seit 6 Jahren nicht mehr in seiner Heimat gewesen sei. Er kenne kaum noch seine Kinder, und seine drei Nichten, die kürzlich mit seiner Frau nach Bietingen gekommen waren, hätten ihn ebenfalls kaum wiedererkannt. Der Korrespondent hebt hervor, daß der Erzprinzip ergraut sei. Ferner äußerte sich der Erzprinzip dahin, es sei für ihn als 38-jährigen Mann unmöglich, zum Kaiserthum bis ans Lebensende verpflichtet zu sein. Er möchte gern nach der Vereinigten Staaten auswandern und würde nur die Präsidentenwahl ab, weil er dann die Einwanderungserlaubnis leichter zu erhalten hoffe. Falls ihm das nicht gelänge, bliebe ihm immer noch Spanien.

Kleine Mitteilungen.

Keine Einführung des Porzellangeseldes. Der Gedanke, den Wechsel an Kleingeld durch Ausgabe von Porzellangeschloß zu befähigen, ist völlig fallen gelassen worden. Die zuständigen Stellen sind der Ansicht, daß das Porzellangeschloß für den Verkehr absolut ungeeignet ist und als Kleingeld nicht in Betracht kommt. Auch das Verbot des Reichsbankgesetzes gegen die Verwendung des Porzellangeseldes ausschließt.

Hindenburg-Jubiläum. Der Kreistag des Kreises Hindenburg lehnte das Ersuchen des Kreistagpräsidenten der Interalliierten Kommission um Umbenennung in Jahre a. b. Kreisstag und Kreisversammlung in Hindenburg mit und gab dabei der Freude darüber Ausdruck, daß der Generallandmarschall einer großen Lebensgefahr glücklich entgangen sei.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Stadtverordneten-Sitzung vom 20. Juli 1920.

Anwesend sind sämtliche Stadtverordnete sowie drei Mitglieder des Magistrats. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gibt Stadtverordneter Abt bekannt, daß bei der am 25. Juni erfolgten Kassenrevision alles in Ordnung befunden worden ist. Sodann gelangt ein Antrag der S. P. D. betr. Umbildung der Lebensmittelliste zur Beratung. In dem Antrag wird auf die in diesen Städten erfolgten Lärmen infolge der wucherischen Preissteigerungen hingewiesen, denen auch die Hochheimer Einwohnerschaft ausgesetzt sei. Um solche Vorfälle hier zu vermeiden, sei unbedingt das Eingreifen des Magistrats notwendig. Nach längerer Aussprache hierüber, auf die wir noch näher zurückkommen, wird beschlossen, daß sich die Kommission künftig wie folgt zusammensetzt: Abt, Treber, J. B. Siegfried, Wils, Meßner, Frau Christine Klein, Karl Klein, Gg. Edert, H. Beder, Fritz Stöcker, Peter Wundt und Arndmann. — Um die Winger mehr als bisher zur Bekämpfung der Rebellen zu interessieren, erlucht der Herr Winger für Domänen und Forsten, Winger u. a. u. s. h. u. s. b. Ein solcher soll auch für Hochheim gebildet werden. Auf Vorschlag des Magistrats werden folgende Herren in die Kommission gewählt: J. B. Hartmann, Abt, Siegfried, Wils, Meßner, H. Beder, Gg. Arndmann und Joh. Beyer. — Auf ein Verlangen der Angehörigen der Gemeinde um Teilvorauszahlung auf die in Aussicht ge-

stellte Befoldungsneuerung wird beschlossen, den nicht planmäßig Angestellten 600 M., den fest Angestellten 800 M. vorstufweise auszuzahlen. — Dem Ankauf des Hauses der Frau Luise Haffentel für 45 000 M. einschließlich des Inventars wird zugestimmt, desgleichen dem Ankauf eines Stückes Straßengrundstücke in der Werderstraße von 1,20 Quadratmeter. — Bei Beratung des Etats des Licht- und Wasserwerks hat sich herausgestellt, daß die Selbstkosten des elektrischen Stromes durchschnittlich 2 M. die Kilowattstunde betragen. Es soll deshalb eine Erhöhung des Preises für Licht- und Kraftstrom erfolgen, und zwar für Kraft auf 1,00 M., für Licht auf 2 M. der Kubikmeter. Diefem Vorschlag der Licht- und Wasserwerkkommission und des Magistrats wurde zugestimmt. In nächstfolgender Sitzung wurde sodann die Anstellung des Maschinenführers Kaspar Westerberger, nachdem er in finanzieller Probebeschäftigung seine Befähigung nachgewiesen hat, beschlossen. Zum Schluß wurden unter Mitteilungen noch verschiedene Wünsche ausgesprochen; wir kommen auf diese sowie auf einzelne Punkte der Tagesordnung in der nächsten Nummer zurück.

* Gefährliche „Kunstseide“. Der Regierungspräsident gibt bekannt: Mehrere Fälle lassen darauf schließen, daß die während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschenteln hergestellten Gewebe später in den Handel gekommen sind und u. a. unter der Bezeichnung „Kunstseide“ vertrieben werden. Diese Stoffe verbrennen entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmung überaus heftig, unter Umständen explosionsartig. In einem Fall ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das aus dergleichen Stoff gefertigte Hemd in Flammen auf; der Mann erlag dem hierbei erlittenen Brandtoden. In einem anderen Fall explodierte der als Futter zu einem Kleidungsstück verwendete Stoff beim Nähen, wodurch großer Sachschaden verursacht wurde. Der Regierungspräsident macht auf diese Gefahren aufmerksam und warnt vor dem Ankauf und der Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichneten Kartuschentelstoffe. Ein zweifelsfrei ist auf vorstige Weise ein Stückchen des Stoffes anzugucken. Pulvergewebe brennt dann fast augenblicklich ab.

* Schwimmfest. Die Beteiligung an dem am nächsten Sonntag, 25. Juli, zwischen Riedermühl und Elville auf dem Rheine stattfindende Schwimmfest des Turnvereins Siedrich-Ost wird, den von allen Seiten eingelaufenen Anmeldungen nach, eine sehr große werden. Auch von anderen Turnvereinen, dem Gau Rheinhessen, dem Gau Frankfurt und dem Unter-Rhein-Liga liegen Meldungen vor, die in einer Sonder-Runde antreten. Schon jetzt sieht man auf der Schwimmstrecke die Turnschwimmer abends sich zahlreich in der Flut tummeln. Das Schwimmfest, ein Fünftag, bestehend in Sprüngen, Brust- und Rücken schwimmen, beginnt 9 Uhr vormittags in der Bucht von Riedermühl; das Dauer schwimmen über eine Strecke von 2500 Meter beginnt nachmittags 2 Uhr. Start an der Landungsbrücke Riedermühl. Ziel in Elville vor der Burg Erbs, wofür sich die Antreiber befinden. (Für alle Teilnehmer am Schwimmfest empfiehlt es sich, einen gut gefüllten Koffer zum Verkleiden der abgelegten Kleider mitzubringen.)

Niedrich, den 21. Juli 1920. * Brände. Am Samstag nachmittag gegen 6 Uhr wurde die freiwillige Feuerwehr nach Station Siedrich-Ost gerufen. Dortselbst war ein Wagen mit Preßluft in Brand geraten. Eine Abteilung des Automobilfahrzeuges, welches nebst Anhänger sofort eintraf, löschte nach längerer, schwieriger Arbeit den Brand. Die Ladung Stroh ging zwar ganz verloren, dagegen wurde der Wagen gerettet. — Ein weiterer Brand entstand gestern nachmittag im Keller des Lagers durch Selbstentzündung von Braunkohlen-Bricketts. Der Brand wurde ebenfalls durch die freiwillige Feuerwehr gelöscht.

Wiesbaden. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, zwei Einbrecher festzunehmen, welchen bis jetzt nicht weniger als 16 Diebstahle nachgewiesen sind. U. a. sind die Leute die Besitzer zweier Einbrüche in eine hiesige Villa, bei denen ihnen Teppiche von hohem Wert in die Hände fielen. Auch der Diebstahl in der Zuckerdorfstraße, bei dem sie Schmuckgegenstände in hohem Wert erbeuteten, sowie Diebstahlsfälle werden ihnen zur Last gelegt. Einer der Einbrecher ist ein Russe, welcher in Wiesbaden beheimatet ist, der andere stammt aus Ostpreußen.

Die diesjährigen von Berlin aus genehmigten Rennen des Wiesbadener Rennklubs werden auf der Bahn des Klubs in Erbenheim nicht abgehalten werden, auch nicht in Verbindung mit den Rennen in Frankfurt a. M. oder in Mannheim auf den dortigen Bahnen. Nach eingelaufenen Informationen von Berlin hat es der Ressortminister abgelehnt, dem Wiesbadener Rennklub Beihilfen, um die er von dem Klub schriftlich und durch zwei Abgeordnete angegangen, zu gewähren. Schierke. Der Rhein hat ein neues Opfer gefordert; beim Baden ertrank am Samstag ein junger Mensch aus Wiesbaden.

Dom Rhein- und Maingebiet. Es hat Karloffen geregnet. Der am Sonntag über weite Gebiete der Rhein- und Mainebene niedergegangene Gussregen, der sich in monotonen Strichen zu einem völligen Durchregen auswuchs, war für unsere diesjährige Karloffenfeier in der Tat von der allergrößten Bedeutung. Es ist eine alte Erfahrung, daß ein ausgiebiger Regen, der über die voll entwickel-

ten Karloffenpflanzen in der Zeit, wo diese bereits den Ackerboden völlig mit ihrem Kraut bedecken, niedergeht, in der Regel bis zur Reife der Karloffenpflanzen durchdringt. So viel ist auch der Anteil der Landwirte heute sicher, daß die vor wenigen Wochen noch weit verbreitete Befürchtung vor einer Kälte in Karloffen jetzt unbedingt als überwunden bezeichnet werden darf. Auch für die anderen Karloffenarten der Regen sehr willkommen, und für die Neubestellung der in der Abente begünstigten Weizenfelder mit Rüben kommt er nicht minder gelegen.

Flörsheim. Der 17-jährige Gymnasiast Josef Barth, Willwoll, der Sohn des Baumunternehmers H. Willwoll von hier schwamm nach einem vorübergehenden Schiffe, um nach kurzer Rast von diesem aus kopfüber in den Strom zu springen. Es wurde sein Todesprung. Von einem Herzschlag betroffen, verlor er in den Wellen. Die sofort nachspringenden Schiffer holten den jungen Mann zwar noch mit schwachen Lebenszeichen heraus und stellten Wiederbelebungsversuche an, doch der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

Flörsheim. Der 23-jährige Student Josef Breg, Sohn des Rektors Breg hier, geriet, als er auf dem schon in Bewegung befindlichen Zug springen wollte, unter die Räder und war sofort tot.

Frankfurt. Als zwei Damen heftig am Goethehaus schellten, um es zu besichtigen, und nicht geöffnet wurde, meinte ein vorübergehender Spahogeist: „Der Herr Goethe schläft noch.“ Ein langgeheultes S.o.o. war die Antwort. „Sie kennen mich glawe“, meinte jener, und entfernte sich schmunzelnd, die Damen aber wollten nicht stören und gingen weiter.

Frankfurt. Durch einen Schuß ins Herz tötete sich in Alzei der 30 Jahre alte Kaufmann Leopold Teig von hier. — Im Osthafen erkrankt bei der Ausübung seines Dienstes der Arbeiter Wilhelm Brück.

St. Goarshausen. Der kommissarische Landrat, Regierungsrat Bachem, ist durch Verfügung der Rheinlandkommission seines Amtes enthoben worden. Die Geschäfte werden von Bürgermeister Schüring in Braubach geführt.

Limburg a. L. Am Sonntag fand hier der 32. Verbandstag der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften unter zahlreicher Beteiligung statt. Aus dem Jahresbericht des Verbandesdirektors Petzsch war eine gewaltige Zunahme der Verbandsgenossenschaften und deren Geschäfte und Erfolge für das Jahr 1919 festzustellen. Der Direktor der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft Dr. Cheilus, erstattete ein zeitgemäßes Referat über Abzug landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften. Darauf wurde ein neues Verbandsstatut angenommen und die Verbandsbeiträge neu geregelt.

Uhlhorn. Am Freitagabend nach 8 Uhr entstand in dem Munitionslager Uhlhorn am zweiten Male innerhalb kurzer Zeit Feuer. Diesmal brannte ein mit Geschloßförmig angefülltes Lager nieder. Es gelang dem Wachmann, das Neberegreifen des Feuers auf Munitionstopfen und damit die Gefahr von Explosionen zu verhüten. Das große Lager soll, wie dem „M. A.“ mitgeteilt wird, demnächst bis auf den Umfang des Friedensdepots verkleinert werden.

Bemerktes.

Beziehung von Saatkartoffeln.

Schon jetzt ist die Mahnung am Plage, Sorge sich jeder selbst für seine Saatkartoffeln. Wer als Keimling Kartoffeln pflanzen will, der bemühe sich auch schon jetzt um Frühkartoffeln und spätere im Oktober um die nötigen Saatkartoffeln für die Spätere, die Winterkartoffeln. Zu beachten ist dabei folgendes:

1. Man nehme das Saatgut nur von solchen Stöcken, die noch keine Reife einer Entzündung oder der Ertragsminderung zeigen.
2. Nur vollständig ausgekeimte Knollen können mit Erfolg als Saatgut verwendet werden.
3. Man wähle große, gut ausgebildete Früchte nur von Stöcken, die sich durch kräftiges Wachstum auszeichnen haben Knollen von irgendeiner verdächtigen oder von der Blattfrankheit befallenen Stöcken dürfen nicht zur Weiterzucht benutzt werden.
4. Die Lagerung geschieht sofort nach dem Auswaschen in einem hellen, luftigen, trockenen, nicht zu warmen Raum (Schuppen usw.), wo man die Knollen dünn ausbreitet, damit sie abtrocknen und trocken und gesund in den Winter gehen.
5. Versetztes Nachsehen und Entfernen eines schlecht gewordener Knollen ist zu vermeiden.

Gartenbauvereine usw. werden ihre Saatkartoffeln zweifach gemeinschaftlich aufbewahren, weil eine zweifache Aufbewahrung dann noch besser durchführbar ist. Ein völliger Wechsel in der Kartoffelart wird nur nach Jahren erforderlich werden. Grundsatz: Zur Saat ist stets das Beste gut genug!

Explosionskatastrophe.

m. 2 u. m. 1. 10. Juli. Die „Welt“ meldet: Im Siedricher Wald befinden sich 300 Baracken mit Fliegerbomben, Granaten, Gasbomben, Artilleriemunition usw. aus deutschen Kriegesbeständen. Durch die ungeschickte Handlung wurde ein Feuer ausgedeutet, welches die Baracken entzündete und im Walde verliefen hatten, entzündete. Das Feuer griff auf Baracken über, die mit ungeschickten Dekorationen verziert waren. Bis Sonntagmorgen, Sonntag und Sonntag waren die Baracken höher, besonders in Siedrich, wo Feuer-

in Freiburg i. Br., 20. Juli. Seit heute
nachmittag 2 Uhr brennt das große Sägewerk

